Dieselöl Benzin
HEIZOELHAURI
Th. Hauri Brennstoffe AG
Wehntalerstrasse 366 8046 Zürich
Telefon 044 371 27 75 / 371 28 88

Freitag, 24. Oktober 2014 | Nr. 43 | 56. Jahrgang

AZA
CH-8820 Wädenswil
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: Stutz Druck, Postfach 465, 8820

# Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

KANTONALEN STEUERWETTBEWERB STÄRKEN: MÖGLICHKEIT ZUR PAUSCHALBESTEUERUNG BEIBEHALTEN

## Nein zum linken Steuerdiktat

**Die Steuerhoheit liegt in der Schweiz bei den Kantonen: Der Bund darf nur beschränkt Steuern erheben. Dank dem Steuerwettbewerb unter den Kantonen ist die Steuerbelastung in unserem Land vergleichsweise moderat und die staatliche Leistungserbringung effizienter als in vielen anderen Ländern. Darum ist es unverständlich, dass eine linke Volksinitiative den Kantonen verbieten will, Personen nach Aufwand zu besteuern. Dieses Verbot würde die Kantone bevormunden und die lateinische Schweiz sowie die Berggebiete vor riesige Probleme stellen. Darum ist diese linke Initiative klar abzulehnen.**

**Gregor A. Rutz**
Nationalrat
Vizepräsident
SVP Kanton Zürich
Zürich

Seit Jahren versuchen die linken Parteien, das Erfolgsmodell Schweiz zu zerstören. Die 1:12-Initiative, die Mindestlohninitiative oder die Initiative zur Einführung einer nationalen Erbschaftssteuer sind nur einige Beispiele für solche schädlichen Vorstösse. Eine weitere Initiative will nun direkt in den kantonalen Steuerwettbewerb eingreifen: Den Kantonen soll es fortan verboten werden, Personen nach Aufwand zu besteuern.

### Bewährte Besteuerung nach Aufwand

Für die Besteuerung ausländischer Steuerpflichtiger gelten verschiedene Regeln. Ausländische Arbeitskräfte, welche in der Schweiz arbeiten, aber nicht hier wohnen, zahlen eine sog. «Quellensteuer»: Der Arbeitgeber überweist den fälligen Betrag direkt an die Steuerbehörde. Die Steuer wird also direkt vom Einkommen abgezogen. Die Höhe der Quellensteuer ist kantonal unterschiedlich.

Der umgekehrte Fall – Ausländer, welche in der Schweiz leben, aber nicht hier arbeiten – ist etwas komplizierter. Nach welchen Grundsätzen sollen diese Personen besteuert werden? Die Pauschalbesteuerung (sog. «Besteuerung nach Aufwand») entstand aus diesem Umstand heraus, dass die Steuerämter nicht wussten, nach welchem Massstab sie vermögende Zuzüger besteuern sollten, welche in der Schweiz keiner Erwerbstätigkeit nachgehen. Es war kaum herauszufinden, wo diese Personen wie viel Einkommen erzielten und wo sie wieviel bereits versteuert hatten. Als einfache Lösung wurde der Lebensstandard als Gradmesser zur Besteuerung gewählt: Der Besteuerung liegen nicht das tatsächliche Einkommen und Vermögen zugrunde, sondern der jährlich effektive Lebensaufwand. Die Besteuerung nach Aufwand ist ein bewährter Weg, um ausländische Staatsangehörige, welche in der Schweiz kein Einkommen erzielen, effizient und unbürokratisch zu besteuern.

### Arbeitsplätze auf dem Spiel

Der Kanton Zürich hat die Pauschalbesteuerung per 1. Januar 2010 abgeschafft. Ein klarer Fehlentscheid: Von den damals 201 pauschal besteuerten Personen hat nämlich fast die Hälfte (97 Personen) innerhalb eines Jahres den Kanton verlassen. Eine solche Entwicklung würde in der Suisse Romande, im Tessin und in Berggebieten, wo besonders viele pauschalbesteuerte Personen leben, zu empfindlichen Mindereinnahmen und finanziellen Engpässen führen.

Wenn gewisse Gemeinden nun relativieren und anführen, der Wegzug einiger pauschalbesteuerter Personen sei wenig gravierend für ihre Kasse, ist dies gefährlich. Diese Gemeindeverwalter vergessen: Das wirtschaftliche Potenzial der Pauschalbesteuerten ist enorm. Sie belasten unser Sozialsystem nicht, zahlen dafür aber Hunderte Millionen Franken an Steuern und leisten hohe Beiträge an die AHV.

Die jährlichen Ausgaben der Pauschalbesteuerten werden auf rund 3 Mia. Franken geschätzt. Von diesen Ausgaben profitieren die lokalen Gewerbebetriebe, der Detailhandel und die Gastronomie. An dieser hohen Summe hängen über 22000 Arbeitsplätze, vor allem in der Baubranche, im Freizeitbereich, im Tourismus- und im Dienstleistungssektor. Auch dies gilt es zu bedenken: Wer vermögende Privatpersonen verscheucht, schadet der Wirtschaft.

### Föderalismus respektieren

Ein Wegfall der Pauschalbesteuerung würde in manchen Kantonen grosse Löcher in die Steuerkassen reissen. Ein Umstand, der für den Kanton Zürich wiederum zur Folge hätte, dass er noch höhere Beiträge an den Finanzausgleich leisten müsste.

Es ist nicht einzusehen, weshalb es bezüglich Pauschalbesteuerung eine gesamtschweizerische Lösung braucht: Die Steuerhoheit ist im Ursprung kantonal – und so sollen die Kantone in diesem Bereich auch grosse Freiheiten haben. Dies belebt den Steuerwettbewerb. Jeder Kanton soll selber entscheiden, ob er das Instrument der «Besteuerung nach Aufwand» einsetzen möchte, oder nicht. Wieso vertreiben wir Personen, die uns viel mehr einbringen, als sie kosten?

Aus all diesen Gründen ist die Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung abzulehnen.

www.hoehere-steuern-nein.ch

## Parolen zur Volksabstimmung vom 30. November 2014

**SVP des Kantons Zürich**

| EIDGENÖSSISCHE VORLAGEN | |
|---|---|
| 1. Volksinitiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre (Abschaffung der Pauschalbesteuerung)» | NEIN |
| 2. Volksinitiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» (ECOPOP) | NEIN |
| 3. Volksinitiative «Rettet unser Schweizer Gold (Gold-Initiative)» | NEIN |
| **KANTONALE VORLAGEN** | |
| 1. Staatsbeitrag an den Bau der Tramverbindung Hardbrücke in Zürich-West (130 Mio. Franken) | NEIN |
| 2. A. Kantonale Volksinitiative: «Mehr Qualität im Unterricht dank kleinerer Klassen (Klassengrössen-Initiative)» | NEIN |
| B. Gegenvorschlag des Kantonsrates Lehrpersonalgesetz (LPG) | NEIN |
| Stichfrage | VORLAGE B |
| 3. Volksinitiative «Bahnhof Stadelhofen: pünktlich und zuverlässig» | NEIN |

## Was ist die Pauschalbesteuerung?

- Die Pauschalbesteuerung ist an klare Bedingungen geknüpft. Sie richtet sich einzig an wohlhabende Personen aus dem Ausland, die in der Schweiz keiner Erwerbstätigkeit nachgehen.
- Die Steuer wird anstatt auf dem Einkommen aufgrund der Ausgaben in der Schweiz berechnet. Es gelten dabei die gleichen Tarife wie für alle Steuerpflichtigen.
- Eine Verschärfung der Pauschalbesteuerung in der Schweiz ist bereits beschlossen und bringt ab 2016 gemäss ersten Annahmen zusätzlich 300 Millionen Steuereinnahmen.
- Es gibt keinen internationalen Druck, dieses Steuersystem abzuschaffen. Modelle wie die Pauschalbesteuerung kennen viele europäische Länder wie beispielsweise Österreich, Belgien, Portugal oder Grossbritannien.

MECACRYL
PLEXIGLAS aus Pfäffikon ZH
für Industrie, Gewerbe und privat
• Top-Zuschnittservice
• Plexiglas-Handwerk
• Thermoverformung
MECACRYL GmbH
H. Hablützel
Plexiglas und Kunststoffverarbeitung
Witzbergstrasse 23, 8330 Pfäffikon ZH
Tel. 043 288 60 50, Fax 043 288 60 51
info@mecacryl.ch, www.mecacryl.ch

CCG
Event-Technik

CCG-Mietpark
Bramenstrasse 8
8184 Bachenbülach
Tel. +41 (0)44 307 11 55
www.ccg.ch

Christbäume
Nordmann-, Rot-, Weisstannen, Nobilis, Blaufichten
Dekorationsreisig
Nordmann, Nobilis, Kosteri Weymouthsföhren, Weisstannen
Verpackungsgeräte + Netze
in diversen Grössen
Christbaum-Spitzmaschinen
Diverse Modelle
Fordern Sie unsere Preisliste an!
Josef Kressibucher AG
Forstbaumschule
Ast 2
jk
8572 Berg TG
Tel. 071 636 11 90
Fax 071 636 10 29
www.kressibucher.ch

UELI KLEINER
25 JAHRE
EINLADUNG ZUR JUBILÄUMSAUSSTELLUNG IN WÄDENSWIL
SAMSTAG 1. NOVEMBER 2014
ab 13.30 Uhr Ausstellung mit Festwirtschaft
ab 20 Uhr Barbetrieb
SONNTAG 2. NOVEMBER 2014
10 bis 17 Uhr Ausstellung mit Festwirtschaft
Musikalische Unterhaltung mit Ländlerformation Raphael Fuchs & Co
ab 14.30 Uhr Demo der Sportholzhauerei mit Swiss Holzerwettkampfteam
Husqvarna
MITAUSSTELLER:
BTS Befestigungs-Technik Samstagern
makita
Auf Ihren Besuch freuen sich
Familie Ueli und Monika Kleiner mit Werkstatt-Team
UELI KLEINER
Burstel 6 • 8820 Wädenswil • Tel. 044 683 12 00 • www.ueli-kleiner.ch

Christoph Mörgeli

## *Hochinfektiöse Asylpolitik*

*Beim Ausbruch von unbehandelbaren, lebensgefährlichen Infektionskrankheiten spielt sich immer dasselbe Muster ab. In der Bevölkerung herrschen Beunruhigung und Verunsicherung, die sich zur Panik steigern können. Die Behörden beruhigen, verbreiten Zuversicht und beschönigen die Seuche. So auch jetzt: «Man ist gut vorbereitet, und die bisherigen Massnahmen haben sich bewährt», versichern die zuständigen Bundesämter. Doch solch tapfere Parolen vermögen auch im Falle von Ebola nicht wirklich die Skepsis am Frühstückstisch und bei Bürogesprächen auszuräumen.*

*Zahllos sind bei rätselhaften Viruserkrankungen die Ratschläge aus dem Publikum. 1918 schrieb die «Neue Zürcher Zeitung», was angesichts der damals grassierenden Spanischen Grippe die Redaktion an Zusendungen erreichte, gehe «ins Aschgraue». Was dieselbe NZZ 2014 nicht hindert, die aschgraue Zusendung eines Sozialhistorikers namens Robert Jütte aus Stuttgart zu veröffentlichen – Professor Jütte empfiehlt als Massnahme gegen die Ebola-Gefahr die Umgestaltung der Pestinsel von Venedig zu einem «Museum der Menschheit». Zweckmässiger wäre eine schonungslose Analyse des Gefährdungspotenzials des Ebola-Fiebers. Die Krankheit wird sich in Westafrika ausbreiten und durch die innerafrikanische Migration auch den Kongo und Südafrika erreichen. Die durch Ebola ausgelöste Panik dürfte zu Massenfluchtbewegungen führen, die auch uns betreffen. Die organisierte Kriminalität wird auch hier ihre schlechten Dienste anbieten und zahlende Afrikaner Richtung Norden schleppen. Am erfolgreichsten über die Asylschiene. Unser Asylwesen ist hochinfektiös.*

*Wir Schweizer Bürger haben Grund zur Sorge. Das Bundesamt für Migration wie das Bundesamt für Gesundheit unterstehen den SP-Bundesräten. So ist abzusehen, dass angesichts der Ebola-Gefahr nicht der Vorteil eines souveränen Staates und von dessen Grenzen genutzt wird, um die eigene Bevölkerung zu schützen. Sondern dass man möglichst viel Personal in die betroffenen Gebiete schickt, die sich der Infektionsgefahr aussetzen. Und dass im Asyl- und Zuwanderungswesen alles im alten Larifari weitergeht. Dabei gibt's bei Ebola vorderhand nichts als Abhaltung, Isolierung und Symptomerkennung. Die Chügeli-Dealer aus Nigeria sind ein Gesundheitsrisiko. Genau wie die hyperaktiven Hilfswerkler.*

ABSTIMMUNG VOM 30. NOVEMBER 2014

# Ecopop schiesst am Ziel vorbei

**Am 30. November stimmen wir über die Initiative «Stopp der Überbevölkerung» des Vereins Ecopop ab. Die Initianten wollen die Zuwanderung mit einer starren Quote beschränken. Gleichzeitig verlangen sie, dass die Schweiz pro Jahr 10 Prozent der Entwicklungshilfegelder dafür einsetzt, dass Familien in ärmeren Ländern weniger Kinder bekommen.**

**Natalie Rickli**
Nationalrätin SVP
Winterthur

Die Ecopop-Initiative ist gut gemeint, schiesst aber am Ziel vorbei: Eine starre Zuwanderungsquote von 0,2 Prozent pro Jahr (Stand heute wären dies ungefähr 16000 Personen) ist nicht wirtschaftsverträglich. Sie gibt den Unternehmen und verschiedenen Branchen nicht die Möglichkeit, auf ökonomische Schwankungen zu reagieren.

Die Masseneinwanderungsinitiative, die am 9. Februar vom Schweizer Stimmvolk gutgeheissen wurde, hingegen ist auf Gewerbe und Wirtschaft ausgerichtet: Für die verschiedenen Branchen sollen unterschiedliche und flexible Kontingente festgelegt werden. Gleichzeitig sind die Unternehmen aufgerufen, ihre Verantwortung wahrzunehmen und mehr Inländer anzustellen. In die Ausbildung des eigenen Nachwuchses muss in verschiedenen Branchen investiert werden. Die SVP-Initiative fordert auch klar Verbesserungen im Bereich des Familiennachzugs und der Sozialhilfeleistungen für Zuwanderer. All diese Punkte vergisst die Ecopop-Initiative.

**Zuwanderungsinitiative umsetzen**

Manche Leute sagen mir, sie werden JA stimmen zu Ecopop, weil «die in Bern die Masseneinwanderungsinitiative ja doch nicht umsetzen». So verständlich dieser Ärger ist – ein Ja zu Ecopop bringt hier gar nichts. Auch ich ärgere mich darüber, dass Volksentscheide zunehmend nicht mehr umgesetzt werden. Bundesrat und Parlament müssen die Bürger wieder ernstnehmen. Wir haben mit dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative klar gemacht, dass wir genug haben von der unkontrollierten Zuwanderung. Das Volk will, dass die Schweiz die Zuwanderung wieder selber steuern kann. In der Schweiz haben wir nicht unbegrenzt Platz.

Alleine letztes Jahr ist unser Land wieder um über 100000 Personen gewachsen. Das ist eine ganze Stadt Winterthur! Heute leben 8,14 Mio. Personen in der Schweiz. Wenn es so weitergeht, zählt die Schweiz in 20 Jahren mehr als 10 Mio. Einwohner. Das verkraftet unser Land nicht; so darf es nicht weitergehen! Der Bundesrat muss nun mit der EU einen Vertrag aushandeln, der dem Volksentscheid vom 9. Februar gerecht wird.

**Starre Quote bringt nichts**

Die Ecopop-Initianten sagen, dass sie mit ihrem Anliegen die Lebensgrundlagen und die Lebensqualität in der Schweiz erhalten wollen. Das tönt schön, aber es ist nicht Aufgabe der Schweiz, jährlich mehr als 200 Mio. Franken für Kondome und Aufklärungskurse auszugeben, damit Frauen in Entwicklungsländern weniger Kinder bekommen. Dieser Aspekt der Initiative ist nicht umsetzbar und hat auch nicht direkt mit der Migrationspolitik der Schweiz zu tun. Wir müssen, wie es die Masseneinwanderungsinitiative verlangt, wieder die Handlungsfähigkeit in der Migrationspolitik zurückgewinnen. Eine starre Forderung von einer Zuwanderungsquote von 0,2 Prozent hingegen bringt nichts.

Die Delegierten der SVP Schweiz lehnen die Ecopop-Initiative mit 298:80 ab. Die Delegierten der SVP des Kantons Zürich sagen mit 120:106 bei 11 Enthaltungen Nein.

FORDERUNGEN DER SVP

# Ebola: Die Schweiz muss sofort handeln

**Das Ebolafieber bedeutet eine tödliche Gefährdung und beschränkt sich längst nicht mehr auf Westafrika. Dort sind bis Mitte Oktober 2014 gegen 10000 Krankheitsfälle aufgetreten; etwa 5000 Menschen sind am Virusinfekt gestorben. Betroffen sind hauptsächlich die Länder Guinea, Sierra Leone und Liberia, aber auch Senegal und Nigeria. Die Krankheit wird sich in ganz Westafrika ausbreiten und angesichts der innerafrikanischen Migration bald auch Südafrika erreichen. Die durch Ebola ausgelöste Panik könnte in Afrika zu Massenfluchtbewegungen führen, die durch kriminelle Schlepperbanden finanziell ausgenützt werden und den Westen überfordern.**

**Christoph Mörgeli**
Nationalrat SVP
Stäfa

Mittlerweile werden zunehmend auch Ebola-Fälle in Europa und in den USA gemeldet; die Seuche dürfte sich in den nächsten Wochen und Monaten auf unserem Kontinent weiter ausbreiten und auch die Schweiz erreichen.

Da das Ebolafieber in über der Hälfte der Fälle tödlich verläuft und da im Moment keinerlei wirksame Behandlung zur Verfügung steht, sind politische Massnahmen unumgänglich.

Im Gegensatz zum ebenfalls aus Afrika stammenden Aids wird das Ebolavirus nicht durch Geschlechtsverkehr oder Spritzenaustausch übertragen, sondern durch die Ausscheidung von Körperflüssigkeiten. Es gibt also keine Risikogruppen im engeren Sinn, sondern alle Menschen können beim Kontakt mit Patienten von der Infektionskrankheit betroffen sein. Was beim Befall mit dem Ebolavirus mit Fieber beginnt, führt zu Blutungen, Organversagen und Tod.

**Bevölkerung schützen**

Notwendig sind jetzt ganz konkrete behördliche Massnahmen, deren oberstes Ziel es sein muss, unsere eigene Bevölkerung zu schützen. Unsere schweizerische Souveränität und unsere nationalen Grenzen stellen sich dabei als Vorteil heraus, den es zu nützen gilt.

- Das Departement Sommaruga (SP), dessen Migrationsamt und das dem Departement Berset (SP) unterstehende Bundesamt für Gesundheit haben raschmöglichst ein umfassendes Konzept vorzulegen, wie die Schweizer Bevölkerung nachhaltig vor der Gefahr einer Ebola-Ansteckung geschützt werden kann.
- Die gegenwärtig äusserst large Asyl- und Flüchtlingspraxis des Bundes ist im Hinblick auf die Ebola-Gefahr zu überprüfen, anzupassen und zu verschärfen. Dazu können auch Massnahmen wie Einreiseverbot und Einstellung von Asylverfahren gehören.
- Der Grenzschutz ist sowohl an den Landesgrenzen wie an den Flughäfen im Hinblick auf die Einschleppung von Ebola zu verstärken.
- Da gegenwärtig lediglich die Isolierung der Patienten als Präventivmassnahme greift, sind für die hochinfektiösen Betroffenen Sonderisolierstationen vorzubereiten.
- Die Meldepflicht beim Auftreten von Ebola-Fällen, die der höchsten Risikogruppe zugeordnet sind, ist lückenlos durchzusetzen.
- Es werden keine Schweizer Soldaten in die betroffenen afrikanischen Länder geschickt, da sie Gefahr laufen, selber zu erkranken und das Ebolafieber einzuschleppen.
- Schweizer Hilfswerke und internationale Organisationen, die sich in den betroffenen afrikanischen Gebieten betätigen, haben sämtliche notwendigen Vorsichtsmassnahmen zu treffen, um ein Einschleppen von Ebola zu verhindern.
- Das Aussendepartement hat die Schweizer Bevölkerung eindringlich vor Reisen in die von Ebola betroffenen afrikanischen Gebiete zu warnen und mit geeigneten Massnahmen abzuhalten.

In der Wintersession 2014 wird die SVP entsprechende dringliche parlamentarische Vorstösse einreichen, um diese Forderungen durchzusetzen.

BUNDESRÄTIN SOMMARUGA GEFORDERT

# Migrationssog aus Ungarn sofort und mit aller Härte unterbinden!

**Wie den Medien zu entnehmen war, sind diese Woche 63 Roma aus dem EU-Land Ungarn mit einem gemieteten Bus in Vallorbe (VD) eingetroffen und haben ein Asylgesuch gestellt. Die Gruppe wird nun in Vallorbe, Pfäffikon (ZH) und Basel untergebracht. Gemäss eigenen Aussagen seien diese 63 lediglich die Vorhut, mehrere Hundert Roma würden nachkommen, je nachdem, wie die Schweiz sie aufnehmen werde. In den ungarischen Medien wird sogar von 20000 Roma gesprochen, welche die Region verlassen möchten.**

SVP. Die zuständige Bundesrätin und das Bundesamt für Migration müssen nun unverzüglich handeln, bevor der Migrationssog aus Ungarn über die Asylschiene weiter anzieht. Es dürfen nicht die gleichen Fehler wie bei Eritrea gemacht werden, wo Fehlanreize das Schweizer Asylwesen lahmlegen und die humanitäre Tradition ad absurdum führen.

Auf die Asylgesuche der ungarischen Roma muss pauschal nicht eingetreten werden. Es darf keine ordentlichen, individuellen Verfahren geben, die sich womöglich über Jahre hinziehen. Bundesrätin Sommaruga muss unverzüglich und mit aller Härte eine weitere Baustelle im Asylwesen verhindern.

Ungarn ist ein EU-Staat. Wir haben «dank» Schengen offene Grenzen zu Ungarn und den freien Personenverkehr. Asylbewerber, die über Ungarn eingereist sind, kann die Schweiz aufgrund des Dublin-Abkommens nach Ungarn zurückschicken. Bekanntermassen hat Ungarn Probleme im Umgang mit seinen Minderheiten. Doch der EU-Staat muss diese internen Probleme selber lösen. Wer sich aufgrund des politischen Systems in Ungarn nicht wohl fühlt, kann dies auf demokratischem Wege zu ändern versuchen oder im Ausland eine neue Arbeitsstelle und Heimat suchen. Das Schweizer Asylwesen ist nicht dafür da, EU-Bürger durchzufüttern, die mit dem politischen System in ihrer Heimat nicht einverstanden sind.

Dies zeigt auch die Tatsache, dass seit anfangs 2013 bis Ende September 2014 «nur» 40 Personen aus Ungarn ein Asylgesuch gestellt hatten. Wenn diese 63 Roma nun ein individuelles Verfahren mit allen Annehmlichkeiten erhalten, wird dies eine massive Signalwirkung haben.

Simonetta Sommaruga wurde in den letzten Wochen von den Schweizer Medien mehrmals als «Eiserne Lady der Schweiz» bezeichnet. Nun hat sie die Chance, zu zeigen, wie eisern und konsequent sie das Schweizer Asylrecht umsetzt. Das Nichteintreten ist unverzüglich zu beschliessen und die Gruppe ist unmittelbar danach ohne Rückkehrhilfe wieder zurückzuschicken.

WACHHUND WILLY HAT AUFGEDECKT:

# Die Schweiz steht nicht isoliert da

Der britische Premier David Cameron schlägt neu Quoten für Zuwanderer aus der EU vor, so wie sie die Schweiz seit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative festschreibt. Die Antwort aus Brüssel kam prompt: Die Personenfreizügigkeit sei ein Grundprinzip der EU und nicht verhandelbar. Laut SVP-Fraktionschef Adrian Amstutz funktioniert die EU nach dem «Dampfkochtopfprinzip»: «Man sperrt das Problem ein und lässt es in der Hoffnung köcheln, es werde schon nicht explodieren.» Eins ist sicher: Dem Brüsseler Oberbürokraten Barroso bleibt die Explosion erspart. Seine Amtszeit läuft Ende Oktober aus.

AUS DEM KANTONSRAT

# Keine Aufhebung des Steuergeheimnisses

**Der Kanton Zürich wird auch in Zukunft nicht publik machen, welche neu angesiedelten Firmen Steuererleichterungen erhalten. Der Kantonsrat hat am letzten Montag einen Vorstoss von Grünen, SP und EDU abgelehnt.**

**Margreth Rinderknecht**
Kantonsrätin SVP
Wallisellen

Als erstes Geschäft stand am vergangenen Montag der Tätigkeitsbericht des Ombudsmanns für das Jahr 2013 zur Debatte. Der Ombudsmann **Thomas Faesi**, SVP, ist ein vom Kantonsrat gewählter unabhängiger Mittler. Er hilft jeder Person, die sich an ihn wendet, sofern es sich um ein Problem mit einer kantonalen Behörde oder Verwaltungsstelle handelt. Er prüft das vorgebrachte Anliegen, interveniert bei Konflikten und unterstützt die Beteiligten beim Finden einer fairen Lösung. Faesi wies auf die Vertraulichkeit von Akten der Ombudsstelle hin. Im vergangenen Jahr haben sich 769 Personen an die Ombudsstelle gewandt, 790 Fälle wurden erledigt. Gut 400 Fälle sind innert Monatsfrist erledigt worden. Von verschiedenen Seiten wurde moniert, dass die Gemeinden nach gültigem Kostenbeteiligungssystem zu viel bezahlen. Bereits sind Änderungsvorstellungen in verschiedenen Köpfen, Vorstösse werden nächstens eingereicht. Mit 152 Ja-Stimmen wurde der Bericht genehmigt.

### Aus- und Weiterbildungsabzug

**Hans Heinrich Raths** (SVP, Pfäffikon) erläuterte als Präsident der WAK die Vorlage: das Bundesgesetz über die steuerliche Behandlung der berufsorientierten Aus- und Weiterbildung tritt Anfang 2016 in Kraft, die Kantone müssen ihre Gesetze bis dahin anpassen. Neu wird nicht mehr unterschieden zwischen Aus- und Weiterbildungskosten. Allerding sind pro Jahr 12 000 Franken abzugsfähig. Prognostiziert sind 10 Millionen Franken Steuerausfälle. **Hans-Ueli Vogt** (SVP, Zürich) findet, die Vorlage sei ein «klassischer fauler Kompromiss». Er bemängelt das Prinzip der finanziellen Beschränkung des steuerfreien Betrages. Es stelle sich auch die Frage, ob parallel zum Steuerabzug nicht auch die Kosten der Ausbildung in Rechnung zu stellen seien. Die SVP sehe aber ein, dass es Bundesrecht sei, diese Gesetzesänderung zu vollziehen. Von verschiedenen Seiten wurde bemängelt, dass gewisse Kurse und Weiterbildungen durchs Netz fallen würden – oder – dass nun alle «Kürsli» und Selbstverwirklichungsweiterbildungen steuerlich abzugsberechtigt seien. Die Gesetzesänderung kommt noch in die Redaktionskommission.

### Keine Eigenmietwert- und Steuerwert-Erhöhung wegen Lärmschutz

Durch Lärmschutzmassnahmen erhöht sich der Versicherungswert der Gebäudeversicherung nur sehr gering oder gar nicht. Dadurch erhöht sich auch der Eigenmietwert und in der Folge davon der Steuerwert einer Liegenschaft höchstens kaum oder in sehr geringem Mass. Im Namen der SVP-Fraktion spricht sich **Peter Preisig** (SVP, Hinwil) für die Abschreibung des Postulatsberichtes aus. Der Rat folgt dieser Empfehlung.

### Steuerliche Abzugsfähigkeit von Bussen

Drei linke Parlamentsmitglieder wollten in einer Interpellation wissen, wie sich der Regierungsrat dazu stellt, dass Grossbanken ihre Bussen, welche sie im Ausland bezahlen müssen, beim Aufwand abziehen können und in der Folge fast keine Steuern mehr zu bezahlen haben. Der Regierungsrat legt in seiner Antwort dar, dass die steuerliche Abzugsfähigkeit von Bussen auf Bundesebene geregelt sei und auch dort geändert werden müsse. Es braucht keine Zürcher Lösung. **Hans-Ueli Vogt** meinte dazu: «Wir müssen die Schwächen im System dort lösen, wo sie sind, nämlich in der Aufsicht, und das ist die Finma. Die Allgemeinheit würde sich am betreffenden Unternehmen ungerechtfertigt bereichern, wenn sie den Gewinn besteuert und die Busse nicht als Aufwand zulässt. Könnten Bussen nicht abgezogen werden, würde das zu einer doppelten Bestrafung führen. Mit der Bezahlung der Busse ist das Unrecht gesühnt.» Unterdessen hat das Verwaltungsgericht sich für die Abzugsfähigkeit von Bussen ausgesprochen.

### Schüren einer Neidkultur

Die Motion von linker Seite wollte gesetzliche Grundlagen schaffen für zwingende Transparenz über Umfang, Dauer und Branchen/ Tätigkeitsfelder bei Steuerprivilegien für neu eröffnete Unternehmen. Nach Meinung der SVP geht es dabei nur um eine weitere Aufweichung des Steuergeheimnisses gegenüber Unternehmen. **Arnold Suter** (SVP, Kilchberg) argumentierte: «Auf den ersten Blick scheinen die Wünsche als erfüllbar – aber die Stossrichtung des Erstunterzeichners ist bekannt. Und zugleich ein weiteres Schüren der Neidkultur.» Allein die Tatsache, dass lediglich 5 Unternehmen von Steuererleichterung im Kanton profitieren, zeigt, dass die damit verbundenen Auflagen genügend restriktiv sind, und man am bisherigen Modell nichts ändern muss. Die Motion wurde mit 92:73 Stimmen abgelehnt.

### Interpellation zu den Sondergesellschaften

Die Fragestellung betrifft die Besteuerung von Sondergesellschaften (Domizil-, Holding- und gemischte Gesellschaften). Der Bundesrat hat Vorschläge gemacht, wie er diese Firmen besteuern will. In der Antwort listet nun der Regierungsrat auf, wie sich die Steuer-Ausfälle auf natürliche und juristische Personen verteilen. Sondergesellschaften bezahlen 4,1 Prozent Steuern, ordentliche Gesellschaften jedoch 18 Prozent. **Matthias Hauser** (SVP, Hüntwangen) nutzte die Interpellation, um die Regierung aufzumuntern, die Lizenzboxen möglichst grosszügig auszugestalten. Die Linken wollen keine Steuerbegünstigungs- und Steuerprivilegierungspolitik.

Gemäss Finanzdirektorin hat der Bundesrat die Vernehmlassungsvorlage verabschiedet, sie liegt nun bei den Kantonen. Der Bund will die Ausfälle der Kantone entschädigen, die Vorlage muss nicht nur EU-, sondern auch OECD-konform sein.

### Eignerstrategie für USZ

Mit der Parlamentarischen Initiative sollen Doppelspurigkeiten zwischen Gesundheitsdirektion und Spitalleitung verhindert werden. Der Regierungsrat soll jeweils für 4 Jahre eine Strategische Planung vorlegen. **Willy Haderer** (SVP, Unterengstringen) vertrat die Meinung der SVP. «Es geht nicht so wie vorgeschlagen: bei diesem Modell trägt niemand mehr die Verantwortung, die Entscheidungen werden zwischen Kommission, Spitalrat und Regierungsrat hin- und hergeschoben.» Die PI verlangt eine Gesetzesänderung, dies geht vielen zu weit, es reiche, wenn die entsprechende Kommission und das Parlament den Jahresbericht studieren und diskutieren. Leider wurde die PI mit den Stimmen der Linken, der EDU und BDP, mit 83 Stimmen überwiesen.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

## *Transparenz bei Steuerprivilegien für Unternehmen*

**Arnold Suter**
Kantonsrat SVP
Kilchberg

*Auf den ersten Blick scheinen die Forderungen der Motionäre als erfüllbar. Bei genauerer Betrachtung kommen dann aber doch erhebliche Zweifel. Auch ist die Stossrichtung des Erstunterzeichners schon seit Jahren bestens bekannt.*

*Ihm geht es nicht in erster Linie um Transparenz, sondern um eine weitere Aufweichung des Steuergeheimnisses gegenüber den infrage stehenden Unternehmen. Und zugleich um ein Schüren der Neidkultur.*

*Dies brauchen wir in diesem sensiblen Bereich nicht. Bei der von den Motionären verlangten Offenlegung der Branche oder des Tätigkeitsfeldes wäre angesichts der geringen Zahl von gewährten Steuererleichterungen kaum zu vermeiden, dass die fraglichen Unternehmen identifiziert werden könnten.*

*Da diese in einem konkurrenzlosen Bereich tätig sind, ansonsten wären Steuererleichterungen ausgeschlossen. Schon die sehr restriktiven Kriterien, welche eine Steuererleichterung voraussetzen, wie zum Beispiel das volkswirtschaftliche Gesamtinteresse und die Grundsätze der Rechtsgleichheit und der Wettbewerbsfähigkeit zeigen, mit wie viel Zurückhaltung dieses Instrument überhaupt zur Anwendung kommt.*

*Alleine die Tatsache, dass lediglich fünf Unternehmen im Kanton Zürich von Steuererleichterungen profitieren, zeigt dies mit aller Deutlichkeit. Auch wird so ein Entscheid betreffend Steuererleichterung von der ganzen Regierung getroffen, was aus unserer Sicht das richtige Gremium ist. Und so viel Vertrauen haben wir in unsere Regierung, sonst können wir gleich zusammenpacken und nach Hause gehen.*

*Die Schweiz und der Wirtschafsstandort Zürich sind auch in Zukunft auf einzigartige Unternehmen angewiesen, nur so können wir den Vorsprung gegenüber dem Ausland behalten. Innovationen garantieren in Zukunft Arbeitsplätze und Wohlstand, darauf sind wir in unserem Land angewiesen.*

*Diese Fakten waren Grund genug, dass man am bisherigen Modell – ohne Not – nichts ändern muss.*

*Das Parlament lehnt die linke Motion mit 92:73 Stimmen ab.*

VOLKSABSTIMMUNG VOM 30. NOVEMBER

# Hardbrücke – Achtung Tram!

**Mit dem unnötigen Hardbrücke-Tram droht dem Kanton Zürich ein finanzieller und verkehrsplanerischer Unsinn.**

SVP. Strassenbahnen, Trams oder Stadtbahnen gehören zu den beliebtesten Verkehrsmitteln im städtischen Gebiet. Als schienengebundenes Fahrzeug gelten sie als sicher und komfortabel, der öV-Nutzer zieht diese dem Bus eindeutig vor. Trams sind denn auch bei Verkehrsplanern sehr beliebt. Der Vorteil «schienengebunden» bedeutet aber eine grosse Verantwortung in Planung und Realisierung, denn er ist zugleich ein grosser Nachteil. Sind die Linienführung gewählt und die Schienen verlegt, bleibt kein Spielraum – keine Flexibilität – mehr, die Fahrzeuge fahren nur noch den Gleisen nach. Bei Stadtbahnen kann man in diesem Zusammenhang und wegen den höheren Geschwindigkeiten, schon von einer Eisenbahn sprechen. Der Unterschied zwischen Strassen und Stadtbahnen ist demnach auch marginal. Diesen aber in der Planung zu missachten bedeutet, bewusst Konflikte zu schaffen – d. h. Unfälle in Kauf zu nehmen – oder zumindest Störungen in Verkehrsfluss und Betrieb verantworten zu müssen.

### Unfälle und Geisterbahn

Die Glattalbahn dient geradezu als Paradebeispiel, wie man es falsch machen kann. 45 Unfälle seit Betriebsbeginn sprechen für, oder besser gegen, eine Stadtbahn im Strassenraum. Die SVP hatte schon seinerzeit vor der Linienführung in der Ringstrasse Dübendorf gewarnt und eine Etappierung, damit bessere Lösungen erarbeitet werde können, verlangt. Auf die Bedenken der SVP wurde keine Rücksicht genommen, eine Etappierung durch den Kantonsrat klar abgelehnt. Die Glattalbahn nahm auch die Hürde «Volksabstimmung» problemlos und trotz hohen Kosten erfreuen sich die Gemeinden ihrer Stadtbahn. Kann die Politik somit zufrieden sein?

Ein weiteres Beispiel: das Tram Zürich- West. Diese städtische Linie vom Escher-Wyss-Platz via Schiffbau, Pfingstweidstrasse zum Bahnhof Altstetten Nord wurde zur Erschliessung des geplanten Stadions geplant und gebaut. Auch hier konnte die SVP von der Qualität der Linienführung und den gegenüberstehenden Kosten nicht überzeugt werden, fehlte doch eine richtige Anbindung an die Hardbrücke und stellte das Tram einen gefährlichen Fremdkörper in Hard- und Pfingstweidstrasse dar. Die Referendumsabstimmung wurde angesichts des Zeitdruckes zur EURO2008 und der Verknüpfung mit dem Fussballstadion klar verloren. Die Situation heute, wir haben eine Tramlinie, die auf dem Abschnitt Bahnhof Altstetten Nord – Schiffbau als Geisterbahn verkehrt und nur den berühmt, berüchtigten Strichplatz (städtische Sex- bzw. Verrichtungsboxen) zu erschliessen scheint. Kann die Politik somit zufrieden sein?

Nun liegt es an den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern des Kantons Zürich, welche über diesen finanziellen und verkehrsplanerischen Unsinn abstimmen dürfen. Abstimmen heisst auch Nein zur teuren und unerwünschten Tram-Zukunft sagen zu können.

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK:

## Der Kantonsrat hat am Montag ...

- 😐 ... Änderungen in der Notariatsgebührenverordnung zugestimmt.
- ☹ ... einer Anpassung des Staatspersonal-Gesetzes und somit der Verankerung des Case Management im Gesetz zugestimmt.
- 😐 ... eine weitere Änderung des Steuergesetzes in erster Lesung durchberaten, welche vorsieht, dass neu auch Ausbildungskosten bis zu einem Maximalbetrag von Fr. 12 000 abzugsfähig sein sollen.
- 😐 ... ein Postulat bürgerlicher Seite abgeschrieben, welches verlangte, dass Lärmschutz-Massnahmen in der Flughafenregion nicht zur Eigenmietwert- oder Steuerwerterhöhung genutzt werden dürfen.
- ☺ ... eine Motion nicht überwiesen, welche Transparenz bei Steuerprivilegien für Unternehmen forderte.
- ☹ ... eine Parlamentarische Initiative der Linken zur Eignerstrategie für das Universitätsspital USZ vorläufig unterstützt.
- 😐 ... den Tätigkeitsbericht des Ombudsmannes über das Jahr 2013 genehmigt.

20. Oktober 2014

SVP-DELEGIERTENVERSAMMLUNG IN DER ALTRÜTI (GOSSAU)

# Lauter Nein-Parolen für den 30. November

**Die SVP des Kantons Zürich beschloss in Altrüti (Gossau) für die Abstimmung vom 30. November auf eidgenösssicher und kantonaler Ebene lauter Nein-Parolen.**

rw. Höhepunkt des Abends war die Parolenfassung zur Ecopop-Initiative. Von Prof. Hans Geiger (SVP, Weiningen) wurde der befürwortende Standpunkt vertreten. Prof. und Nationalrat Christoph Mörgeli vertrat das Nein.

### Eigene Initiative nicht gefährden

Mit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative sei nun ein klarer Verfassungstext gültig, der mit Ecopop nicht gefährdet werden dürfe, sagte Nationalrat Christoph Mörgeli. «Wir fallen damit unserer eigenen Initiative in den Rücken!» Einzig die SVP sei mit ihrer Zuwanderungspolitik mehrheitsfähig. Eine starre Zuwanderungsquote – wie sie Ecopop im Gegensatz zur SVP-Zuwanderungsinitiative vorsehe – sei nicht wirtschaftsverträglich. Es brauche eine Durchsetzungsinitiative, um die Masseneinwanderungsinitiative durchzusetzen.

Hans Geiger bezeichnete die SVP als «Partei der Lebenswirklichkeit». Es brauche jetzt den entsprechenden Druck auf die Zuwanderung. Ecopop fordere Massnahmen, die früher auch die SVP gefordert hatte. Eine Mässigung der Zuwanderung erhöhe die Wirtschaftsleistung pro Kopf und stärke unsere Wettbewerbskraft, sagte Geiger. In der Diskussion nahmen vor allem Befürworter der Initiative Stellung. Es brauche diese Initiative, um weiter Druck auf Bern ausüben zu können. Mit 120 zu 106 Stimmen, bei elf Enthaltungen fassten die Delegierten die Nein-Parole.

Roger Liebi, Präsident der SVP Stadt Zürich, vertrat die Parole des Kantonalvorstandes zur Gold-Initiative. Die Initiative sei gut gemeint, aber nicht durchführbar, so Liebi. Die Handlungsfreiheit der Nationalbank werde bei Annahme der Initiative zu stark eingeschränkt. Problematisch sei vor allem, die Goldreserven als unverkäuflich zu deklarieren.

### Gefährdeter Steuerwettbewerb

Zur Initiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre (Abschaffung der Pauschalbesteuerung)» kreuzen Nationalrat Gregor Rutz (contra) und AL-Gemeinderat Niklaus Scherr die Klingen. Dank dem Steuerwettbewerb unter den Kantonen sei die Steuerbelastung in unserem Land vergleichsweise moderat und die staatliche Leistungserbringung effizienter als in vielen anderen Ländern. Darum sei es unverständlich, dass eine linke Volksinitiative den Kantonen verbieten wolle, Personen nach Aufwand zu besteuern. Dieses Verbot würde die Kantone bevormunden und die lateinische Schweiz sowie die Berggebiete vor riesige Probleme stellen, sagte Rutz. Niklaus Scherr seinerseits meinte, dass Pauschalbesteuerung reiche Ausländer begünstige und dies abzuschaffen sei. Die Delegierten fassten mit 224 Nein bei 9 Ja und 3 Enthaltungen die Nein-Parole. Regierungsrat Ernst Stocker stellte die Volksinitiative «Bahnhof Stadelhofen: pünktlich und zuverlässig» vor. Stadelhofen sei der drittmeist frequentierte Bahnhof der Schweiz (nach Zürich HB und Bahnhof Bern). Der Titel der Initiative wecke aber falsche Versprechungen. Der bereits aufgegleiste Ausbau wäre mit der Volksinitiative nicht schneller realisiert. Der Ausbau sei Bundessache und die Bundesmittel für die Projektierung seien bereits gesprochen. Deshalb sei die Initiative überflüssig, so der Volkswirtschafsdirektor. Die SVP-Delegierten folgten dieser Argumentation und beschlossen ein einstimmiges Nein.

### Mehrkosten für die Gemeinden

Kantonsrätin und Bildungspolitikerin Anita Borer empfahl die kantonale Volksinitiative «Mehr Qualität im Unterricht dank kleinerer Klassen (Klassengrössen-Initiative)» sowie den Gegenvorschlag zur Ablehnung. Bei einer Annahme würden insbesondere und einmal mehr für die Gemeinden massive Mehrkosten anfallen. Demgegenüber würde kein Problem unserer Schulen gelöst. Die Delegierten fassten einstimmig die Nein-Parole.

### Auf, in den Wahlkampf!

Martin Suter, Präsident der Wahlkommission, rief die Delegierten auf, in ihren Wahlkreisen die Liste 1 (SVP) bekannt zu machen und die Kandidatinnen und Kandidaten zu bewerben.

**Gut besuchte Delegiertenversammlung in der Festhütte Altrüti.**

Er stellte die entsprechenden Werbemittel kurz vor. Parteipräsident Alfred Heer dankte dem Organisator der Delegiertenversammlung, Kantonsrat Ruedi Menzi und seinem Team von der Jungen SVP des Kantons Zürich. Für den schmissigen musikalischen Auftakt war der Musikverein Gossau verantwortlich. Die Delegierten wurden von der Gossauer Gemeinderätin Elisabeth Pflugshaupt herzlich begrüsst.

### Nein zum Tram Hardbrücke

Bereits im August hatte die SVP die Nein-Pale zum Tram Hardbrücke gefasst. 130 Millionen Franken für 700 Meter Tram sind völlig überrissen und eine massive Einschränkung des Individualverkehrs. Die SVP-Fraktion des Kantonsrates hatte das Behördenreferendum gegen die Tramverbindung Hardbrücke ergriffen. Die SVP steht grundsätzlich zum öffentlichen Verkehr. Es braucht jedoch keine vergoldeten Trams. Weitere Infos unter **www.hardbrücke-tram-nein.ch**

CHRISTOPH BLOCHER IN TURBENTHAL

## Wer regiert uns?

SVP. Es ist noch nicht lange her, dass die SVP an den Urnen einen gros-sen Sieg zu verzeichnen hatte. Am 9. Februar haben die Stimmbürger knapp der Masseneinwanderungsinitiative zugestimmt.

Doch bis heute lässt die Umsetzung auf sich warten. Mit verschiedenen Argumentationen wird verhindert, dass der Volkswille umgesetzt wird. Aber nicht nur auf eidgenössischer Ebene entscheiden immer häufiger die Behörden. Mitte September war in den Medien überall zu lesen, dass kleine Gemeinden ihre Steuern erhöhen müssen, weil die KESB darüber entscheidet, wer wie viel Sozialbetreuung erhält. Der Vorstand der SVP Turbenthal hat daher entschieden, einen Anlass zum Thema «Wer regiert uns?» durchzuführen und dafür als Referenten Christoph Blocher eingeladen. Er hat zugesagt, nach Turbenthal zu kommen und wird am Montag, 3. November um 20.00 Uhr im Armbrustschützenhaus ein Referat halten. Anschliessend wird eine Diskussionsrunde stattfinden, die Kantonsrätin Karin Egli moderieren wird. Die Türöffnung ist um 19.30 Uhr.

FRAGWÜRDIGES NEUES ZKB-FINANZABENTEUER

## Swisscanto-Übernahme mit grossen Fragezeichen

**Mit Befremden hat die SVP vernommen, dass sich die Zürcher Kantonalbank (ZKB) in Übernahmeverhandlungen mit dem Fondsdienstleister Swisscanto befinden soll. Die derzeit gemeinsam von allen 24 Kantonalbanken getragene Fondsgesellschaft soll nun eventuell vollumfänglich von der ZKB übernommen werden. Die SVP fragt sich, ob diese Übernahme mit Filialen im Ausland wirklich dem Kernauftrag der ZKB entspricht. Einmal mehr kritisiert sie die völlig desolate Informationspolitik der ZKB.**

SVP. Weshalb sollte die Swisscanto für die ZKB interessant sein, wenn sie offensichtlich für die übrigen Kantonalbanken nicht mehr interessant ist? Die SVP sieht in der Übernahme eines solchen Anlagefonds mit einem Gesamtvermögen von 42 Milliarden Franken grundsätzlich ein Risiko, sowohl für den Kanton Zürich wie auch für seine Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Offensichtlich sind die Beratungen, die in der jüngsten Revision des Kantonalbankgesetzes ihren Niederschlag fanden, spurlos an den Führungsgremien der Kantonalbank vorbeigegangen.

Nachdem der Kantonsrat unmissverständlich klar gemacht hatte, dass er die Bank stärker an sich binden will und Auslandsengagements sehr kritisch gegenübersteht, müssen die Volks- und Steuerzahlervertreter einmal mehr aus der Tagespresse erfahren, dass die ZKB dabei ist, sich in unnötige finanzpolitische Abenteuer mit Filialen im Ausland zu stürzen.

**Besuchen Sie: www.hardbrücke-tram-nein.ch**

Höhere Steuern für Mittelstand und KMU?

NEIN!

ZUR PAUSCHALBESTEUERUNGS-INITIATIVE

30. November 2014
www.hoehere-steuern-nein.ch

**Nein zu Steuerausfällen in Milliardenhöhe**
Wenn die Pauschalbesteuerung abgeschafft wird, drohen Steuerausfälle von über 1 Milliarde Franken. Mittelstand und KMU werden zur Kasse gebeten.

**Nein zur Gefährdung von KMU und zur Vernichtung von Arbeitsplätzen**
Insbesondere in ländlichen Regionen und Berggebieten verlieren KMU Investitionen und Aufträge. 22 000 Arbeitsplätze sind gefährdet.

**Nein zur Entmündigung der Kantone**
Jeder Kanton soll selber entscheiden, ob er die Pauschalbesteuerung beibehalten will oder nicht. Die Initiative tritt den Föderalismus und die kantonale Steuerhoheit mit Füssen.

**Nein zu finanziellen Einschnitten bei sozialen Institutionen und Kulturveranstaltungen**
Wohltätige Institutionen und die betroffenen Menschen verlieren wichtige Geldgeber. Kultur- und Sportveranstaltungen droht das finanzielle Ende.

MASSNAHMEN GEGEN KOSTENEXZESSE IN DER SOZIALINDUSTRIE

# SVP fordert mehr demokratische Mitbestimmung bei KESB und Sozialhilfe

**Die SVP des Kantons Zürich hat letzte Woche anlässlich einer Medienkonferenz ihren Massnahmenkatalog gegen Sozialexzesse vorgestellt. Sie will die Gemeinden aus ihrer Zwangslage befreien und die Wählbarkeitskriterien der KESB-Behörden ändern. Die SVP fordert, dass die Gewährung der Höhe der Grundleistungen nicht mehr von der Skos festgelegt und vom Regierungsrat für verbindlich erklärt wird, sondern das Ergebnis eines demokratischen Prozesses sein müsse. Es braucht einen Sozialstaat, der den betroffenen Menschen hilft, wieder auf den eigenen Beinen zu stehen. Die SVP will keine weitere Sozialindustrie aufbauen und keine Vollkaskosozialhilfe, wo sich Betroffene in der bequemen Hängematte ausruhen können.**

## Sozialstaat bald am Ende?

**Sozialstaat bald am Ende? Diese Frage muss man sich heute wohl oder übel stellen. Wir sind heute im Kanton Zürich mit exorbitant steigenden Kosten im Sozialwesen konfrontiert. Ein grosser Teil der Steuereinnahmen wird heute für die Fürsorge aufgewendet.**

**Alfred Heer**
Nationalrat
Parteipräsident
SVP Kanton Zürich

Kann hier nicht eine Umkehr eingeleitet werden, drohen massive Steuererhöhungen in den Gemeinden und dem Kanton. Vor allem droht aber ein vollständiger Kollaps des Sozialsystems, welches nicht mehr finanzierbar sein wird. Dies gilt es zu verhindern. Deshalb hat die SVP in der Vergangenheit bereits verschiedene Vorstösse eingereicht, wie das Sozialsystem besser ausgerichtet werden kann. Ziel einer sinnvollen Sozialhilfe muss sein, Menschen in Not zu helfen. Und mit Hilfe meinen wir, dass es eine Überbrückung in einer schwierigen Situation braucht, aber immer mit dem Ziel, Fürsorgeabhängige wenn immer möglich wieder auf die eigenen Beine stellen zu können.

Eine Vollkaskomentalität, wie wir sie heute kennen, wo ganze Familien jahrelang auf Kosten der Fürsorge leben, sind ein Affront gegenüber der arbeitenden Bevölkerung, welche sich mit tiefen Löhnen durchs Leben kämpfen muss.

Diese Vollkaskomentalität muss gestoppt werden.

Meine Kolleginnen und Kollegen werden Massnahmen auf Kantons- und Gemeindeebene vorschlagen.

Lassen Sie mich einige Vorschläge aus Sicht des Bundes erläutern.

### Einwanderung als einer der Treiber der Fürsorgekosten

Wir sind uns einig, dass die Fürsorge eine klassische Aufgabe ist, welche in den Gemeinden zu erfolgen hat. Diese kennen die Fälle und die Verhältnisse und diese sind zuständig für die Massnahmen, welche zu ergreifen sind. Die Kantone haben verschiedene Systeme der Vergütungen an die Gemeinden und kennen auch verschiedene Gesetzgebungen im Bereich der Sozialhilfe. Wir wollen keine Bundessozialgesetzgebung. Was der Bund aber ändern muss, sind vor allem drei Punkte

1.) Die Einwanderung und hier vor allem die Einwanderung unter dem Titel Asyl ist einzuschränken. Die Schweiz belegt nach wie vor Spitzenplätze im Asylbereich pro Kopf der Bevölkerung. Das Schengen / Dublin-Abkommen, welches von den «Eintrittsländern» wie Griechenland, Italien und Spanien negiert wird, ist umzusetzen. Die Einwanderung aus Eritrea ist zu unterbinden, da hier vor allem viele Fürsorgefälle «auftreten». Militärdienstverweigerung darf kein Asylgrund mehr sein. Asylbewerber und vorläufig Aufgenommene müssen zur Arbeit verpflichtet werden. Es gibt genügend Möglichkeiten für gemeinnützige Arbeit, für Aufräumarbeiten in den Gemeinden etc., keine Fürsorge ohne Arbeitsleistung. Wird diese nicht erbracht, müssen Sanktionen ergriffen werden können (Minimale Fürsorge in Form von Naturalleistungen, kein Bargeld).

2.) Die Einwanderung mittels der Personenfreizügigkeit muss neu so gestaltet werden, dass Einwanderer aus den EU-Ländern nicht an die Töpfe unseres Sozialsystems gelangen können. Wenn eine Gemeinde wie Rorschach heute bereits 12 Hartz-IV-Empfänger unterstützen muss, stimmt etwas mit der Personenfreizügigkeit nicht. Der Bericht der GPK, welcher dieses Jahr vorgestellt wurde, hat hier klaren Handlungsbedarf aufgezeigt. Die Bestimmungen der Personenfreizügigkeit müssen so ausgelegt werden, dass Bewilligungen restriktiv erteilt und auch zurückgenommen werden können, wenn Arbeitslosigkeit oder Fürsorge droht.

**Stellten den Massnahmenkatalog gegen Sozialexzesse vor: Kantonsrat Claudio Schmid, Fraktionspräsident Jürg Trachsel, Parteipräsident Alfred Heer, Kantonsrätin Barbara Steinemann und Kantonsrat Claudio Zanetti. (v. l.)**

3.) Die KESB-Behörden sind zu reformieren. Anlässlich der Einführung dieser Behörde ging man davon aus, dass diese professionell und infolge von mehr Fallzahlen effizienter arbeiten können. Bereits damals gab es von SVP-Gemeinderäten im Kt. Zürich grosse Vorbehalte gegen diese Revision. In Bern war man jedoch der Meinung, dass diese Behörden ihre Arbeit gut erledigen würden. Auch war man der Meinung, dass das ganze Vormundschaftswesen für alle betroffenen Personen eine äussert delikate Angelegenheit ist. Immerhin geht es hier um die Bevormundung von Personen oder die Einweisungen in Heime. Man war der Ansicht, dass mit sogenannten Profis in den KESB-Behörden (Juristen, Sozialpädagogen) eine rechtsstaatliche und professionelle Abwicklung garantiert sein wird. In der Praxis stellen wir aber heute fest, dass die KESB-Behörden komplett überfordert sind. Auch diese kochen wie die Gemeindebehörden nur mit Wasser. Letztendlich entscheiden diese und geben die Fälle an private oder öffentlichrechtliche Firmen zur Betreuung weiter (Sozialarbeiter oder Heime). Die Rechnungen müssen aber von der Gemeinde beglichen werden. Hier haben wir bereits mit einem Fraktionsvorstoss in Bern in der letzten Session reagiert. Die Gemeinden müssen in den KESB-Behörden ein Mitsprache- und Mitentscheidungsrecht haben. Vielfach kennen die verantwortlichen Personen in den Gemeinden die Familienverhältnisse besser und haben oftmals auch kostengünstigere und bessere Lösungen für betroffene Leute. Im Zentrum der Sozialhilfe soll der Mensch stehen, dem geholfen werden muss und nicht die Institution, welche daran Geld verdient. Das Ziel muss immer sein, Fürsorgeabhängige aus der Fürsorge zu «entlassen».

Als Schlussfazit ist für die SVP klar, dass wir einen Sozialstaat möchten, der den betroffenen Menschen hilft, wieder auf den eigenen Beinen zu stehen.

Wir wollen keine Sozialindustrie aufbauen, wir wollen keine Vollkaskosozialhilfe, wo sich Betroffene in der Hängematte ausruhen können. Letztendlich wird dieser nicht vom Staat finanziert, sondern von jedem einzelnen Steuerzahler in diesem Lande.

Oder wie es Alt-Bundeskanzler Gerhard Schröder, SPD, formulierte: «Wer arbeiten kann, aber nicht will, hat kein Recht auf Faulheit in unserer Gesellschaft.»

## Die Lehren aus dem Fall «Carlos» oder stoppt die Sozialindustrie!?

**Nach dem Fall «Carlos» ist eines klar: Stoppt die Sozialindustrie! Auch bei den Sozialkosten ist das Öffentlichkeitsprinzip vermehrt so zu interpretieren, dass die Bevölkerung entschieden detaillierter über die Verwendung der öffentlichen Gelder informiert wird.**

**Jürg Trachsel**
Kantonsrat
Fraktionspräsident SVP
Richterswil

Was haben wir alles über den Fall «Carlos» geredet. Im August 2013 medienwirksam durch das Staatsfernsehen und den Jugendstaatsanwalt inszeniert, entlud sich ein halbes Jahr lang ein mediales und politisches Gewitter über den verantwortlichen Regierungsrat Martin Graf und dessen Leute von der Jugendstrafrechtspflege und vom Justizvollzug.

Im April 2014 dann konnte das Parlament zu 2 Kommissionsberichten Stellung nehmen, RR Graf musste noch einmal das typisch schweizerisch geordnete Hickhack über sich ergehen lassen und das war's denn auch schon. Nun, im Herbst 2014 dann schliesslich meldete sich der inzwischen pensionierte Jugendanwalt noch einmal zu Wort, um der Öffentlichkeit mitzuteilen, dass die Veröffentlichung am Fernsehen wohl der einzige Fehler im sonst doch so tadellos funktionierenden Sondersetting war.

Ich war und bin es eigentlich immer noch, nämlich schlicht fassungslos ob einer solchermassen verdrehten Auffassungsgabe. Kein Wort verlor der pensionierte Jugendanwalt darüber, weshalb denn wohl das unwesentlich abgespeckte Sondersetting inzwischen abgebrochen wurde. Keinen Gedanken verschwendeten die damals wie heute involvierten Personen offenbar an die Überlegung, wie denn andere ehemalige Straffällige sich in unserer Gesellschaft zurechtfänden, wenn sie monatlich in den Genuss einer rund Fr. 30 000 verschlingenden Rundumbetreuung kämen. Für die SVP ist nach dem Fall «Carlos» eines klar: Stoppt die Sozialindustrie!

### Sozialgelder als temporäres Netz statt als Dauerkuschelpark

Es mag eine böswillige Hypothese sein, dennoch wurde man beim Fall «Carlos» aus den Ausführungen der verantwortlichen Behörden das Gefühl nicht los, als stünde gar nicht der Jugendliche selber im Fokus, sondern primär das Wohl der Sozialindustrie im Vordergrund (dass man angesichts der horrenden Kostensteigerung bei der klassischen Sozialhilfe in den vergangenen 20 Jahren durchaus von einem eigentlichen Industriezweig und schon lange nicht mehr von eigentlicher Hilfe sprechen muss, werden Ihnen nachfolgend Kollege Zanetti und v.a. Kollegin Steinemann darlegen): So hätte man denn wohl den Jugendlichen bis zum gesetzlich maximal möglichen Rahmen bis 22 Jahren mit einer Rundumbetreuung bedacht. Rückwirkend ist es der publizitätssüchtigen Selbstdarstellung des Jugendwanwaltes zu verdanken, dass der Fall überhaupt öffentlich wurde.

Für die SVP ist es daher von grösster Wichtigkeit, dass auch bei den Sozialkosten das Öffentlichkeitsprinzip vermehrt so zu interpretieren ist, als dass die Bevölkerung entschieden detaillierter über die Verwendung der öffentlichen Gelder zu informieren ist. Sicher ist über den Detailierungsgrad noch zu diskutieren, doch es darf nicht mehr angehen, dass unter dem Deckmantel des Persönlichkeitsschutzes Sozialexzesse Urständ feiern.

Mit einer gezielteren Informationsverpflichtung der Behörden der Öffentlichkeit gegenüber wird einerseits dem Grundsatz des haushälterischen Umgangs mit öffentlichen Geldern besser Rechnung getragen und anderseits auch die Behörde selber stärker in die Pflicht eingebunden. Es muss wieder Rechenschaft darüber abgelegt werden, warum im Fall X auch nach 2 Jahren immer noch keine Besserung eingetreten ist bzw. was eben im Fall X konkret unternommen wurde, um ihn bzw. sie wieder in ein selbstverantwortliches Leben einzugliedern. Heute passiert leider genau das Gegenteil: So genannte Profis der KESB (Kollegin Steinemann wird detailliert darauf eingehen), verfügen völlig anonym über horrende Summen, schliessen Abkommen mit der Sozialindustrie und die Gemeindebehörden verkommen zu reinen Zahlstellen. Ironischerweise sind die Gemeinden mit ihren Laienbehörden dort, wo es lediglich ums reine Auszahlen geht, nach Auffassung der Fachleute offensichtlich ausreichend legitimiert.

### NEIN zum süssen Gift der Kantonalisierung der Sozialkosten!

Lediglich am Rande sei erwähnt, dass es im Bankensektor im Jahre 2008 bei der UBS ebenfalls die höchstbezahlten Profis waren, welche die Grossbank ohne die Hilfe der doch sonst ach so verhassten Laienpolitiker an die Wand gefahren hätten. Ziehen wir endlich für die Sozialpolitik die richtigen Lehren daraus und verfallen wir nicht an den im Extremfall zerstörerisch sich auswirkenden Irrglauben der Allmacht und Unfehlbarkeit der Fachleute.

In die gleiche sozialistische Richtung wie die reine Verprofessionalisierung der Sozialhilfe zielt der ebenfalls von linker Seite her in jüngster Zeit laut gewordene Ruf nach der Kantonalisierung der Sozialkosten. Die Sozialvorstände der grössten Zürcher Städte Zürich und Winterthur sowie die Finanzvorsteherin von Winterthur (allesamt Sozialdemokraten) werden nicht müde, die in ihren Augen gerechte Verschiebung der Sozialkosten auf Kantonsebene zu fordern. Sie geisseln damit die Grundsätze von Föderalismus und Demokratie und hofieren den Grundsätzen von Zentralismus und Vereinheitlichung. Wozu das führt, das sehen wir mit Blick auf unseren Nachbarn Frankreich: Egal ob Sozialisten oder Gaullisten (andere dürfen im System der 5. Republik des Wahlsystems wegen gar nicht gross Einfluss haben): Den Politkern, der Verwaltung und den im Staatssold stehenden Fachleuten geht es prächtig, die Bevölkerung darbt und die Arbeits- und Perspektivenlosigkeit wächst.

Die SVP sagt entschieden NEIN zur Kantonalisierung der Sozialkosten. Das oftmals etwas Unbequeme, nämlich das Hinschauen und bedarfsgerechte Helfen, aber eben auch das Führen und Fordern ist nur auf Gemeindeebene effizient und effektiv möglich.

Eine Kantonalisierung dieser Aufgabe stellt lediglich eine Verlagerung und eben keine Lösung von Problemen dar, bewirkt eine enorme Zusatzbelastung des Kantons und führt letztlich zu horrend höheren Kosten für die Bevölkerung.

## Fadegrad

von
Daniel Oswald

### *Der Herr Professor und sein Einbürgerungsgespräch*

*Auf den ersten Blick eine unglaubliche Geschichte. Ein pensionierter Chemieprofessor wird nicht eingebürgert. Gemäss den Presseberichten wohnt Herr Dunn seit bald 40 Jahren in Einsiedeln und ist dort Mitglied im Segelclub und im Tennisclub. Am Einbürgerungsgespräch habe er weder die 6 Ortschaften des Bezirks Einsiedeln noch Namen von Freunden und Bekannten aus Einsiedeln nennen können. Auch die aktuellen politischen Themen seien ihm nicht bekannt gewesen. Im Beitrag auf Blick.ch vom 14. Oktober 2014 wird die Frage in den Raum gestellt, ob das Protokoll gefälscht sei. Die Fragen seien anders formuliert worden, als sie dort gestanden seien. Ausserdem habe er nicht gewusst, dass es sich um eine Prüfung handle. Er sei von einem ungezwungenen Gespräch ausgegangen.*

*Ohne wirklich die Details zu kennen, kann man davon ausgehen, dass es verschiedene Ursachen geben kann, wieso eine Einbürgerung abgelehnt wird. Die ganze Geschichte hinterlässt bei mir einige Fragezeichen. Erstens kann ich mir nicht vorstellen, dass Herr Dunn intellektuell nicht in der Lage wäre, die Fragen zu beantworten. Ein Besuch auf der Homepage des Bezirks genügt und ein grosser Teil der nötigen Informationen stechen dem geneigten Leser ins Auge. Wenn jemand fast 40 Jahre in einem Ort lebt, wieso weiss er nichts über die aktuellen politischen Angelegenheiten? Zumal wenn man noch in 2 Vereinen ist, wird man zwangsläufig mit den politischen Themen konfrontiert. Wir dürfen ja auch annehmen, dass Herr Dunn die Zeitung liest. Eine weitere Ungereimtheit stellt der Umgang mit dem Protokoll dar. Sollte das Protokoll wirklich gefälscht sein, so wäre das inakzeptabel und müsste meiner festen Überzeugung nach juristisch verfolgt werden. Gemäss 20minuten Online vom 17. Oktober wird Herr Dunn den Entscheid nicht anfechten.*

*Ich werde den Verdacht nicht los, dass diese Aktion eine bis ins Detail geplante Aktion war. Und zwar mit dem Ziel, das in der Schweiz gültige Einbürgerungsverfahren zu desavouieren. Nehmen wir mal an Herr Dunn wäre trotz nicht bestandener Prüfung eingebürgert worden. Glauben Sie, die Medien hätten den zuständigen Behörden gratuliert? Bestimmt nicht. Der Fall wäre trotzdem an die Öffentlichkeit gekommen und man hätte die Prüfung als nutzlos darstellen können. Oder man hätte Diskriminierung geltend gemacht. Der Professor wird eingebürgert, auch wenn er die Prüfung nicht besteht, während der einfache Mann die Prüfung bestehen muss.*

*Falls Herr Dunn die Prüfung bewusst nicht bestehen wollte, konnte er der Behörde eine ganz gemeine Falle stellen. Denn egal wie sie entscheidet, der Entscheid kann in der Öffentlichkeit als Fehlentscheid dargestellt und als Beispiel genutzt werden, das Einbürgerungsverfahren zu unterminieren. Wie die «NZZ am Sonntag», vom 19. Oktober 2014 nun berichtet, will Herr Dunn, dass das Verfahren diskutiert wird. Hütet euch am Morgarten, und Einsiedeln ist da nicht weit entfernt.*

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

# Der Weg nach oben führt über die Treppe!

**Mit dem Postulat GR Nr. 2014/272 fordern die Grünen «Kostenlose Deutschkurse für Sozialhilfe- und Ergänzungsleistungsempfänger». Dies mag aus Sicht der Sozialhilfe verständlich, verlockend und wünschenswert erscheinen. Das Postulat hat jedoch Hintergründe, die erörtert werden müssen. Die Stadt Zürich finanziert nämlich pro Jahr bereits Deutschkurse für Migranten/-innen mit rund 3000000 Franken.**

**Martin Götzl**
Gemeinderat SVP
Zürich 11

Das Postulat der Grünen ist brisant. Der Stadtrat hat am 20.08.2014 mit der Weisung GR Nr. 2014/206 an seiner bisherigen Praxis zur Finanzierung der ausufernden Sprachangebote festgehalten. Der Gemeinderat ist noch in der Beratung dieser Weisung und sucht Möglichkeiten, die finanziellen Ressourcen möglichst zielorientiert einsetzen zu können. Während einzelne Fraktionen nach den zwingend erforderlichen Einsparmöglichkeiten suchen, sind die Grünen weiterhin auf ungemindertem Ausgabenwachstumskurs.

**Überangebot an Kursen**

Die rund 3 Mio. Franken, welche die Stadt finanziert, sind für rund 175 Sprachkurse, die punktuell von 2000 BesucherInnen genutzt werden. Das bisherige breite Angebot der Departemente SSD, SD, PRD umfasst: Eltern lernen Deutsch in der Schule; Niveaukurse; Alphabetisierungs-, Einstiegs- und Trainingskurse. Eine einzelne Lektion eines der genannten Kurse kostet in der Vollrechnung rund 230.– Franken. Davon hat jeder Teilnehmer einen bescheidenen Selbstkostenbeitrag von 5.– Franken zu leisten. Zudem subventioniert die Stadt den Kursteilnehmer/-innen die Kinderbetreuung während der Kursteilnahme, die pro Jahr mit 546000 Franken in den Rechnungsbüchern ausgewiesen ist.

Die Erfolgsüberprüfung sämtlicher Sprachangebote erfolgt nicht etwa mit einem Leistungstest, sondern mit einem sogenannten «Feedbackfragebogen». Dieser widerspiegelt die Zufriedenheit der Besucher/-innen, die erwartungsgemäss sehr hoch ist. Bei diesem vielfältigen und kostengünstigen Angebot ist dies keine adäquate Methode zur Überprüfung der Zielerreichung, eher eine erkaufte.

**Wie man's auch machen könnte**

Mit bisherigen Sprachangeboten der Stadt Zürich wird im Durchschnitt jeder der 2000 Nutzer/-innen mit ca. 1500 Franken pro Jahr unterstützt. Mit diesem Betrag könnte man gemäss zwei bewährten und renommierten Marktanbietern für jede Person 100 bis 200 Lektionen anbieten. Für wirklich Bedürftige und einkommensschwache Personen bietet die Caritas Kurse an. Diese kosten lediglich den Symbolbetrag von 10.– Franken pro Quartal. Das Angebot wird möglich durch die Arbeit von Freiwilligen und Migranten/-innen, welche wöchentlich zwei Lektionen unterrichten. Dies entspricht Teilnehmerkosten von 25 Rappen pro Lektion.

Und sollte es dann wirklich Leute geben, die trotz eines derart kleinen Selbstkostenbeitrages keinen Deutschkurs belegen können, dann frage ich mich: weshalb lernen diese Personen nicht mit kostenlosen Onlinekursen oder Gratis-Apps, um sich besser integrieren zu können?

**Freude soll herrschen**

In der Bildung gilt ein wichtiger Merksatz: Freude ist der mächtigste Begleiter! Diese Freude stammt zu 70 Prozent aus der Selbstmotivation. Eine Lehrperson kann solche Freude weder durch finanzielle Anreize noch durch zusätzliche Angebotserweiterungen erzeugen.

Ziel der Gesellschaft muss es sein, Sozialhilfebezüger in der Existenzgrundlage zu unterstützen und sie an die Arbeitswelt heranzuführen. Dazu ist es unerlässlich, die Bezüger/-innen auf die wirtschaftliche Realität vorzubereiten und ihr eigenverantwortliches Handeln zu stärken. Tut man dies, indem man ihnen alles kostenlos anbietet? Fördert man hiermit nicht den Gedanken, «Was nichts kostet, ist auch nichts wert»? Unbestritten ist: Der Weg nach oben führt über die Treppe – nicht über den Fahrstuhl! Insbesondere in der Bildung!

**Fazit**

In der Sozialhilfe sind überproportional viele Ausländer/-innen anzutreffen. Diese kennen zum Teil die deutsche Sprache kaum und bemühen sich wenig um ihre Integration. Dafür wissen sie sehr genau, welche Ansprüche sie an das Gemeinwesen stellen können.

Es darf nicht Aufgabe der Stadt Zürich sein, solche breiten Angebote zu realisieren und mit Beschäftigungsprogrammen private Anbieter zu konkurrenzieren.

Öffentliche Veranstaltung:

**Martinitagung**

**Samstag 8. November** 10.30 Uhr

10.30 Uhr **Öffentlicher Apéro mit Ueli Maurer –** Betriebsgelände Künzli AG, Gossau
11.00 Uhr Begrüssung durch Daniel Wäfler, Gossau
11.20 Uhr Besichtigung und Einweihung der neuen Werkhalle Moser Holzbau durch Ueli Maurer
12.00 Uhr Mittagessen – Jodlerchörli Echo vom Hornet
13.20 Uhr Grusswort Martin Suter, Präsident SVP Bezirk Hinwil
13.30 Uhr **Ansprache von Bundesrat Ueli Maurer – Gedanken zum Martinitag**

Bundesrat Ueli Maurer

Zufahrt und Parkplätze sind signalisiert –
Industriestrasse 2, 8625 Gossau
Festwirtschaft 11.00 – 16.00 Uhr

SVP Bezirk Hinwil
www.svp-oberland.ch

SVP ZÜRICH 11

# Herbstbrunch 2014 – ein Erfolg

**Wieder gehört unser traditioneller Herbstbrunch vom 28. September 2014 der Vergangenheit an.**

Ich möchte mich bei allen Festbesuchern recht herzlich bedanken. Unsere beiden Hauptredner, die Herren Regierungsräte Markus Kägi und Ernst Stocker, kamen bei unseren Gästen gut an. Unser Stadtparteipräsident, Roger Liebi, erwies uns auch seine Referenz. Nur der Besucherandrang war leider etwas dürftig, aber vermutlich trägt der dichte Morgennebel die Schuld daran. Dafür haben unsere Kuchenbäckerinnen ihr Bestes gegeben, mein süsser Dank sei ihnen gewiss. Hans Nikles konnte mit seinem Pferdefuhrwerk unseren Gästen die Natur rund um Zürich-Affoltern näher bringen. Der Blumenschmuck von Alice Hauri wurde wieder von allen Anwesenden bewundert. Herr und Frau Ritzmann aus Rafz stellten ihre mitgebrachten Rafzerweine zur Degustation bereit. Allen, die zum guten Gelingen dieses Herbstbrunchs beitrugen, gebe ich ein «vergellts Gott» weiter.

**Die Kandidatinnen und Kandidaten des Wahlkreises Zürich VI: Martin Götzl (neu), Hansueli Züllig (bisher), Martina Klac (neu), Denise Harder (neu), Christian Mettler (bisher), Bernhard im Oberdorf (neu), Stephan Iten (neu), Emil Moser (neu), Hansruedi Bär (bisher), Silvia Züllig (neu), Bruno Wohler (neu) und Peter Schick (neu). Auf dem Bild fehlen André Wohler und Olivier Kessler (beide neu). (von links nach rechts)**

SVP ZÜRICH 9

# Empfehlungen der Begleitgruppe Dialog Altstetten zur Verlegung der Tramlinie 2

**Die SVP Kreispartei Zürich 9 nimmt das Ergebnis der Begleitgruppe Dialog Altstetten mit Wohlwollen zur Kenntnis. Dieser Beschluss, dem Stadtrat zu empfehlen, auf die geplante Verlegung der Tramlinie 2 zu verzichten, entspricht den langjährigen Anträgen der SVP in Gemeinde- und Kantonsrat.**

SVP. Für die SVP Kreispartei Zürich 9 bilden die Empfehlungen der Begleitgruppe den grösstmöglichen Kompromiss zwischen theoretischer Planung verschiedener Verwaltungsabteilungen und den konkreten Bedürfnissen der Quartierbevölkerung und des Gewerbes Altstetten.

Zentral für die SVP Kreispartei Zürich 9 ist ein mit der Quartierbevölkerung abgestimmtes Vorgehen in Sachen Tramlinie 2, Busverlängerung Bus 31 und der weiteren Entwicklung der Altstetterstrasse. Die geplante Limmattalbahn und die Bushaltestellen sollen so seitlich an der Hohlstrasse angeordnet werden, dass möglichst kurze und sichere Fusswege zum Bahnhof ermöglicht werden. Auch ist für die SVP die Nutzung des Altstetterplatzes als Busbahnhof grundsätzlich möglich.

Einer Verbesserung der Aufenthaltsqualität in der Altstetterstrasse ist unter Berücksichtigung der Erreichbarkeit der Liegenschaften und Betriebe für Anlieferungen und mit Blick auf den gebietsnotwendigen, motorisierten Individualverkehr zu begrüssen. Einzig die SVP hat sich geschlossen und konsequent in beiden Parlamenten gegen die Verlegung der Tramlinie 2 und für das Quartier und das Gewerbe Altstetten eingesetzt.

Um dieser Forderung den nötigen politischen Nachdruck zu verleihen, stellt die SVP im kantonalen Budget und KEF 2015-18 erneut den Antrag, die eingestellten Gelder für das Projekt Tramentwicklung Altstetten zu streichen.

Die SVP fordert den Stadtrat auf, die Empfehlungen der Begleitgruppe Dialog Altstetten korrekt umzusetzen und den geäusserten Willen des Quartiers zu respektieren. Zudem ist die SVP Kreispartei Zürich 9 überzeugt, dass eine Limmattalbahn nur unter Einbezug und Mitwirkung der betroffenen Quartierbevölkerung erfolgreich realisiert werden kann und nicht gegen den geäusserten Willen.

Der planerische Fokus muss jetzt auf eine Neugestaltung der Wendeschleife am Farbhof und den dortigen Anschluss der Limmattalbahn an das städtische Tramnetz gelegt werden.

# Einladung

## zur Parteiversammlung der SVP Stadt Winterthur

**5. November 2014, 20.00 Uhr**
Restaurant Tössrain, Wieshofstrasse 109, 8408 Winterthur

**Traktanden**

1. Begrüssung und Wahl der Stimmenzähler
2. Budget Kantonsratswahlen
3. Städtische Abstimmungen
   a. Schulhaus Neuhegi
   b. Gemeinnütziger Wohn- und Gewerberaum
4. Kantonale Abstimmungen
   a. Tramverbindung Hardbrücke
   b. Klassengrössen-Initiative
   c. Gegenvorschlag Verringerung Klassengrösse
   d. Volksinitiative Bahnhof Stadelhofen
5. Eidgenössische Abstimmungen
   a. Ecopop-Initiative
   b. Gold-Initiative
   c. Initiative zur Abschaffung Pauschalbesteuerung
6. Protokoll der Parteiversammlung vom 27.08.2014
7. Verschiedenes / Umfrage

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

# WUCHEMÄRT

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

**PACHT LANGJÄHRIG**

Erfahrene Selbstversorger suchen im Kt. ZH für 2 Pferde **Offen-Freilauf-Stall** mit Auslauf, Laufflächen, Weide oder **Immobilie** zum Kaufen. Wir freuen uns über jedes Angebot! Tel. 079 639 56 05.

**ZU KAUFEN GESUCHT**

Kaufe **Autos, Busse, Lieferwagen** etc. Gute Barzahlung, gratis Abholdienst. Tel. 079 613 79 50 auch SA/SO.

**IHR INSERAT IM WUCHEMÄRT**

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? **Inserieren Sie einfach und unkompliziert und erreichen Sie über 10 000 Leserinnen und Leser.** Füllen Sie dazu das Formular unter folgender Internetadresse aus:

**www.stutz-druck.ch/wuchemaert**

**Preise**
3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für **nur Fr. 20.–** inkl. MWSt.
6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für **nur Fr. 40.–** inkl. MWSt.

**Einsendeschluss**
jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

**Rufen Sie uns bei Fragen bitte an: Telefon 044 783 99 11**
Wir können nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag überwiesen wurde. Die Zahlungsangaben finden Sie auf der oben genannten Internetseite. Besten Dank für Ihr Verständnis.

**Achtung!**

Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.**

Komme bei Ihnen vorbei.

**Tel. 044 822 26 11**

**LESERBRIEF**

## Die EU und die MEI

Am 9. Februar wurde bekanntlich die von der EU heftig kritisierte Masseneinwanderungsinitiative (MEI) angenommen. Laut «Times» und «The Sun» erwägen die englischen Konservativen ebenfalls eine Beschränkung der Einwanderung aus bestimmten (!) EU-Ländern. Auch die bayrische CSU und ihr Vorsitzender Horst Seehofer forderten eine «Beschränkung der Einwanderung aus fremden Kulturkreisen» sowie der «Einwanderung in die Sozialsysteme». Die Franzosen würden – wenn sie könnten – einer Beschränkung der Zuwanderung ebenfalls zustimmen. Also sind auch bedeutende EU-Länder gegen eine Masseneinwanderung von Leuten, die ausser gewichtigen Kosten nichts bringen. Über kurz oder lang werden sie entsprechende Massnahmen ergreifen.

Die Drohkulisse der EU gegen unsere Beschränkung der Masseneinwanderung ist deshalb nicht nachvollziehbar. Trotzdem verhandelt unsere Landesregierung intensiv mit der EU in dieser Angelegenheit. Der Grund: Durch immer neue Zugeständnisse soll die Schweiz auf den EU-Beitritt vorbereitet werden. Die Frage, ob dieses Vorgehen dem Volkswillen entspricht, oder ob es die EU in ein paar Jahren überhaupt noch geben wird, scheint hingegen völlig irrelevant zu sein.

Otto Weiersmüller, Uetikon

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

# Wer regiert uns?

Referat von

**Christoph Blocher**

anschliessend Diskussion
moderiert durch
**Karin Egli, Kantonsrätin Elgg**

**Montag, 3. November, 20 Uhr**
Türöffnung: 19.30 Uhr
Armbrustschützenhaus
Turbenthal

Freundlich lädt ein
SVP Turbenthal

PR

## 25 Jahre Qualität und optimaler Service mit persönlicher und kompetenter Beratung

**Die Firma Ueli Kleiner in Wädenswil feiert am Wochenende vom 1. und 2. November 2014 ihr 25-Jahr-Jubiläum. Anlässlich dieser Feier präsentiert das Unternehmen ein grosses Programm an Landmaschinen, Traktoren, Kleingeräten und Kommunalmaschinen. Neben der Ausstellung kommt die Unterhaltung und Verpflegung nicht zu kurz.**

**Die Firma – Service für alle Marken**
Namhafte Firmen haben dem Wädenswiler Unternehmen Verkauf und Service ihrer Maschinen, Geräte und Fahrzeuge anvertraut – denn der Landtechnik-Fachbetrieb Kleiner ist dank hervorragend ausgebildetem Personal in der Lage, effizient Reparaturen, Wartungsarbeiten und Spezialanfertigungen auszuführen. Die Firma investiert ständig, bildet sich weiter und bleibt daher auf dem neusten Stand der Technik, um jederzeit einen optimalen Service für alle Marken bieten zu können. Schon seit 25 Jahren werden Lehrlinge ausgebildet und so ist sichergestellt, dass auch in Zukunft Spezialisten zur Verfügung stehen. Das Kleiner-Team arbeitet mit modernster Wartungs-Software in seiner zeitgemäss eingerichteten Werkstatt. Zum Kundenkreis gehören Landwirte, Gärtner, Verwaltungen, Gemeindebetriebe, Bauunternehmen und Privatanwender.

**Das Jubiläum – ein starkes Programm**
Am Samstag, 1. November 2014 startet die Ausstellung um 13.30 Uhr. Zusätzlich ab 20.00 Uhr findet auch der Barbetrieb statt. Am Sonntag, 2. November 2014 ist die Ausstellung von 10.00 bis 17.00 Uhr geöffnet. Ebenfalls ab 10.00 Uhr bietet das Unternehmen musikalische Unterhaltung mit der Ländlerformation Raphael Fuchs & Co. Um 14.30 Uhr startet eine weitere Attraktion: Das Husqvarna-Holzerwettkampfteam, welches schon diverse Medallien an Weltmeisterschaften errungen hat, demonstriert die Sportholzhauerei – ein Event, welches Sie sehen müssen! Selbstverständlich wird an beiden Tagen auch für das leibliche Wohl gesorgt.

Das Team der Firma Ueli Kleiner freut sich auf Ihren Besuch und mit Ihnen das 25-jährige Bestehen feiern zu dürfen.

*Ueli Kleiner, Burstel 6, 8820 Wädenswil, Tel. 044 683 12 00, www.ueli-kleiner.ch*

## Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

## SVP-KANTONSRATSFRAKTION

**Kantonsrat / Fraktion**
Montag, 27. Oktober 2014, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

## SVP-STAMM

**Bezirk Affoltern / Aeugst**
Jeden 1. Donnerstag im Monat, ab 20.00 Uhr, Restaurant Eichhörnli, Aeugst.

**Bezirk Affoltern / Hausen am Albis**
Montag, 20. Oktober 2014, ab 20.00 Uhr, Stammtisch Restaurant Schönegg, Hausen am Albis, Vorstandssitzung.

**Bezirk Andelfingen / Buch am Irchel**
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Sonne, Hauptstrasse 12, Buch am Irchel.

**Bezirk Bülach / Embrach**
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

**Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf**
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.

**Bezirk Dietikon / Birmensdorf**
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Sonne, Luzernerstrasse 1, Birmensdorf.

**Bezirk Horgen / Oberrieden**
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

**Bezirk Meilen / Küsnacht**
Jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht.

**Bezirk Uster / Uster**
Immer am ersten Samstag im Monat, 11.00 Uhr, Restaurant Puurehuus, Fehraltorferstrasse 8, Wermatswil.

**Junge SVP Kanton Zürich**
Jeden letzten Freitag im Monat, 20.00 Uhr, Parteihöck im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage: www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

**Junge SVP Stadt und Bezirk Winterthur**
Jeden ersten Freitag im Monat, ab 20.00 Uhr, in der First Choice Bar, Winterthur.

**Stadt Zürich / Kreis 1 und 2**
Jeden zweiten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstrasse 15, Zürich-Wollishofen.

**Stadt Zürich / Kreis 4 und 5**
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Holzschopf, Heinrichstrasse 112, Zürich.

**Stadt Zürich / Kreis 6**
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

**Stadt Zürich / Kreis 12**
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Schwamendingerhuus (Schwamendingerplatz), Zürich-Schwamendingen.

## SVP-VERANSTALTUNGEN

**Bezirk Affoltern / Hausen am Albis**
Montag, 24. November 2014, 20.00 Uhr, im Schützenhaus Hausen am Albis, Parteiversammlung und Chlaushöck.

**Bezirk Affoltern / Wettswil am Albis**
Samstag, 1. November 2014, Beginn 16.30 Uhr, Gasthof Hirschen, Stationsstrasse 38, Wettswil am Albis, Wettswiler SVP-Jassmeisterschaft 2014. Anmeldung bis am 29. Oktober 2014 an Brigitte Gubler, Gasthof Hirschen, Stationsstrasse 38, 8907 Wettswil am Albis, gubler.hirschen@bluewin.ch.

**Bezirk Bülach**
Freitag, 14. November 2014, ab 19.00 Uhr, Steigwiessaal Rorbas, Zillacherstrasse 7, Rorbas, Herbstfest, 19.00 Uhr: Saalöffnung und Apéro, 19.45 Uhr: Begrüssung durch Hans Peter Schurter, Präsident SVP Rorbas-Freienstein-Teufen, Vorstellung der Gemeinden durch den Gemeindepräsidenten H. U. Büchi, 20.00 Uhr: Nachtessen, Begrüssung durch den Bezirkspräsidenten Matthias Hauser, Grusswort von Regierungsrat Ernst Stocker, Vorstellung der Kantonsratskandidaten, Lotto, Dessertbuffet, Ausklang. Musikalische Unterhaltung durch die Alpenhöfler. Kosten: Fr. 60.– pro Person, Anmeldung bis am 24. Oktober 2014 bei Ihrem Sektionspräsidenten. Mitglieder von ausserhalb des Bezirks melden sich direkt beim Bezirkspräsidenten: info@matthias-hauser.ch

**Bezirk Dielsdorf / Rümlang**
Samstag, 8. November 2014, 10.00 Uhr, Restaurant Sorriso, Glattalstrasse 182, Rümlang, 25. Politstamm. Als Referent nimmt Bezirksgewerbeverbandspräsident und Kantonsrat Jürg Sulser teil. Thema: «Chancen und Gefahren für das Gewerbe aus Sicht der Politik».

**Bezirk Pfäffikon / Bauma**
Dienstag, 2. Dezember 2014, 20.00 Uhr, Restaurant Bahnhof, Bauma, Parteiversammlung und Chlaushock.

**Bezirk Winterthur**
Samstag, 15. November 2014, Apéro ab 19.00 Uhr, im Schützenhaus Pfungen, Dorfausgang Richtung Rumstal, rechte Strassenseite, Raclette-Essen, Dessertbuffet. Kosten: Fr. 30.00 (Getränke nicht inbegriffen) inkl. Apéro und Dessertbuffet. Anmeldung bis 8. November 2014 an Cornélia Amacker, Ebnisstrasse 2, 8413 Neftenbach, 052 315 23 02, cornelia.amacker@bluewin.ch

**Bezirk Winterthur / Turbenthal**
Montag, 3. November 2014, 20.00 Uhr (Türöffnung 19.30 Uhr), Armbrustschützenhaus, Turbenthal, Referat von alt Bundesrat Christoph Blocher zum Thema: «Wer regiert uns?» Anschliessend wird eine Diskussionsrunde stattfinden, die Kantonsrätin Karin Egli moderieren wird.

**Stadt Winterthur**
Mittwoch, 5. November 2014, 20.00 Uhr, Restaurant Tössrain, Wieshofstrasse 109, Winterthur, Parteiversammlung.

**Stadt Zürich / Kreis 9**
Freitag, 31. Oktober 2014, ab 19.00 Uhr, Restaurant Sternen Albisrieden, Zürich, Raclette-Plausch mit unseren Kantonsratskandidaten. Schriftliche Anmeldungen an den Präsidenten: Lorenz Habicher, Albisriederstrasse 327, 8047 Zürich, lhabiche@gmx.ch

**Stadt Zürich / Kreis 11**
Freitag, 31. Oktober 2014, 18.00 Uhr, Voléro-Lounge, Binzmühlestrasse 80, Max Bill-Platz, Zürich-Oerlikon, Polit-Apéro. Referent: Gemeinderat Dr. Daniel Regli, SVP, Zürich, Thema: «Gottlieb Duttweiler und Carsten Schloter – vom Umgang mit Grenzen im privaten und öffentlichen Leben».

## SVP-FRAUEN

**SVP-Frauen Stadt Zürich**
Donnerstag, 6. November 2014, 19.30 Uhr, Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstrasse 15, Zürich, Mitgliederversammlung. Referent: KR und GR Roland Scheck zur städtischen Abstimmungsvorlage vom 30. November 2014: «Zürcher Ausnüchterungs- und Betreuungsstelle (ZAB), Erlass einer Verordnung über die definitive Einrichtung». Wer Lust hat, trifft sich zum Abendessen um 18.00 Uhr im Restaurant.

Freitag, 28. November 2014, 19.00 Uhr, Adventsessen (weitere Angaben folgen).

Donnerstag, 29. Januar 2015, 19.00 Uhr, Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstrasse 15, Zürich, Generalversammlung.

## Die SVP des Kantons Zürich auf Facebook

www.facebook.com/svpzuerich

## IMPRESSUM

**Der Zürcher Bote**

**ISSN 2296–3480**
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

**Abonnementspreis** jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+ 2,5 % Mehrwertsteuer

**Redaktion:**
Reinhard Wegelin (rw.),
Christoph Bähler (ba.)
Tel. 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch
SVP des Kantons Zürich
Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf

**Inseraten-Annahme:**
print-ad kretz gmbh, Fredi Kretz
Tramstrasse 11, Postfach,
8708 Männedorf
Tel. 044 924 20 70, Fax 044 924 20 79
inserate@zuercher-bote.ch

**Inseratenschluss:**
Dienstag 17.00 Uhr

**Insertionspreise:**
www.stutz-druck.ch/content/der-zuercher-bote

**Druck und Abonnementsdienst:**
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

**Einladung zur Arbeitstagung der SVP des Kantons Zürich**

# «Schützt unsere Altersvorsorge»

**Samstag, 1. November 2014, 08.30–12.30 Uhr,**
**Parkhotel Wallberg, Eichholzstrasse 1, 8604 Volketswil**
**Türöffnung: 08.30 Uhr mit Kaffee und Gipfeli**

Alle interessierten Parteimitglieder und Sympathisanten sind herzlich zur Teilnahme eingeladen.

**Programm**

**Begrüssung und Einleitung ins Thema**
Nationalrat Alfred Heer, Präsident SVP des Kantons Zürich

**SVP-Haltung zur Altersvorsorge 2020**
Nationalrat Jürg Stahl, Mitglied Kommission soziale Sicherheit und Gesundheit

**Die Herausforderungen der Pensionskassen**
Hans Peter Konrad, Direktor ASIP Schweizerischer Pensionskassenverband

**Altersvorsorge 2020 konkret**
Dr. Olivier Deprez, Experte für berufliche Vorsorge, Aktuar

**Die Altersvorsorge 2020 aus Anlagesicht; Gefahren und Forderungen**
Roland Kriemler, Geschäftsführer Credit Suisse Anlagestiftung,
Vorstandsmitglied Konferenz d. Geschäftsführer von Anlagestiftungen KGAST

**Zentrale Forderungen/Lösungs- und Handlungsansätze für konkrete Massnahmen/Entwurf «Rettet unsere Altersvorsorge»**
Markus Binder, Präsident SVP Urdorf,
Projektverantwortlicher «Rettet unsere Altersvorsorge»

**Im Anschluss** Diskussion im Plenum/Abschluss

## Anmeldetalon für die Arbeitstagung vom 1. November 2014

Ich/Wir melden uns für die Arbeitstagung an: ____ Anzahl Personen.

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____ PLZ, Ort: _____

Telefon: _____ E-Mail: _____

Bitte retournieren an das SVP-Sekretariat, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf
per Fax 044 217 77 65 oder per E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch